Erscheint Mittwochs. Redaktions-Schluß: Sonntag + Vierteljahres-Abonnement 1,50 Reichsmark - für Nichtmitglieder nur Postbezug + Anzeigenpreis: die einspaltige Nonpareillezeile (Nichtberufliche ausgeschlossen) 0,40 Reichsmark - Stellenvermittlungs-Anzeigen die Hälfte.

Der Schuhmacher

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher
zugleich Publikationsorgan der Zentralkranken- und Sterbekasse der Schuhmacher; Sitz Hamburg 6

Verantwortlicher Redakteur: Otto Treffelich, Nürnberg
Fernsprecher: 24403
Versandstelle, Anzeigenannahme und Redaktion: Nürnberg 2, Essenweinstraße 1, I
Einzelnummer 15 Pf.
Zahlungen: für Inserate usw. Postscheckkonto Nürnb. 23089
Exped. „Der Schuhmacher" Nürnberg.

Nummer 24 — Nürnberg, den 13. Juni 1928 — 42. Jahrgang

Keine Revision des Washingtoner Arbeitszeitabkommens

Die 40. Tagung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts hat sich am Montag, 28. Mai, zu seiner 40. Tagung in Genf versammelt. Er hat sich zunächst mit der Prüfung des Vorschlages der britischen Regierung über die Revision des Washingtoner Uebereinkommens über den Achtstundentag befaßt. Der Vertreter der britischen Regierung erklärte, seine Regierung habe niemals die Absicht gehabt, die Grundsätze des Uebereinkommens anzutasten. Das einzige Mittel, eine allgemeine Ratifikation dieses Uebereinkommens zu erzielen, bestehe jedoch in einer Revision. Da der Verwaltungsrat auf seiner letzten Tagung ein allgemeines Verfahren zur Revision von Uebereinkommen beschlossen habe, schlägt die britische Regierung vor, dieses Verfahren nunmehr sofort auf das Washingtoner Uebereinkommen über den Achtstundentag anzuwenden. Der erste Teil dieses Verfahrens sei notwendigerweise die Aufstellung eines Berichts über die Durchführung des Uebereinkommens. Aus diesem Grunde bittet die britische Regierung den Verwaltungsrat, das Internationale Arbeitsamt zu ersuchen, einen solchen Bericht über die Durchführung des Achtstundentages vorzubereiten. Erst nach Vorlegung dieses Berichts könne der Verwaltungsrat entscheiden, ob das Uebereinkommen revidiert werden solle oder nicht. Der belgische Regierungsvertreter erklärte, daß er im Auftrage seiner Regierung gegen jeden Vorschlag, eine Revision des Washingtoner Uebereinkommens über den Achtstundentag herbeizuführen, stimmen werde. Belgien sehe nicht die Notwendigkeit ein, ein Uebereinkommen zu ändern, das es bereits seit Jahren durchführe. Der Bericht über die Durchführung des Achtstundentages sei der erste Schritt zur Revision, den die belgische Regierung nicht mitmachen wolle. Obgleich die britische Regierung erkläre, die Grundsätze des Uebereinkommens nicht antasten zu wollen, habe sie nicht die einzelnen Punkte bezeichnet, deren Aenderung sie wünscht. Die belgische Regierung würde nie für eine Revision stimmen, wenn sie nicht wisse, was beabsichtigt sei. Der Vertreter der Arbeitergruppe nahm von der Erklärung der britischen Regierung, die Grundsätze des Uebereinkommens nicht ändern zu wollen, Kenntnis, es bestehe jedoch trotzdem der Antrag der britischen Regierung, das Verfahren der Revision von Uebereinkommen auf das Washingtoner Uebereinkommen über den Achtstundentag anzuwenden. Wenn der Verwaltungsrat dem Vorschlag der britischen Regierung folgen wolle, würde er den Weg der Revision beschreiten, ohne zu wissen, welche Teile des Uebereinkommens revidiert werden sollen. Ein solches Verhalten würde den auf der letzten Verwaltungsratstagung angenommenen Regeln über das allgemeine Verfahren zur Revision von Uebereinkommen widersprechen. Die Arbeitergruppe ist dafür, daß der Verwaltungsrat das Internationale Arbeitsamt um die Vorlegung eines Berichts über die Durchführung des Washingtoner Uebereinkommens ersucht, sie lehnt jedoch das Verlangen nach einem Bericht ab, der den ersten Schritt einer Revision bedeuten würde. Der französische Arbeitgebervertreter hat vorgeschlagen, der Verwaltungsrat solle lediglich vom Internationalen Arbeitsamt einen Bericht über die Durchführung des Achtstundentages verlangen, ohne jedoch diesen Bericht mit der Revision des Uebereinkommens in Verbindung zu bringen. Die britische Vertreterin der Arbeiterschaft hat den Vorschlag ihrer Regierung bekämpft, der für die britischen Arbeiter und einen großen Teil der öffentlichen Meinung in Großbritannien eine Zumutung bedeute. Bei einer Zusammenfassung der Beratung wies der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Albert Thomas, darauf hin, daß nach der Einbringung des britischen Antrags zur Durchführung einer Revision die Besprechung beschlossen war, nunmehr wurde ein vollständiger Stillstand auf dem Gebiete der Ratifikation des Washingtoner Uebereinkommens über den Achtstundentag eintreten. Diese Besprechung hat sich nicht gerechtfertigt. Luxemburg hat inzwischen dieses Uebereinkommen bedingungslos ratifiziert. Desgleichen hat Spanien bedingt ratifiziert. Ferner ist die Ratifikation dieses Uebereinkommens durch Portugal in Aussicht gestellt. Albert Thomas hat den Verwaltungsrat auch gebeten, die in der öffentlichen Meinung aller Länder entstandene Beunruhigung über den britischen Vorschlag nicht zu verpassen. Die Hauptursache der Beunruhigung der Arbeiterschaft sei darin zu suchen, daß keine genauen Revisionsvorschläge vorliegen. Neben dem bereits vorliegenden Antrag des britischen Regierungsvertreters, das Internationale Arbeitsamt um einen Bericht über das Washingtoner Uebereinkommen als erste Maßnahme zur Revision dieses Uebereinkommens zu ersuchen, und dem Antrag des französischen Arbeitgebervertreters, das Internationale Arbeitsamt um diesen Bericht zu ersuchen, ohne ihn mit der Frage der Revision in Verbindung zu bringen, hatte der Verwaltungsrat sich mit einem dritten Vorschlag seines Präsidenten Arthur Fontaine zu befassen, nach dem der Direktor des Internationalen Arbeitsamts für alle im Jahre 1919 in Washington angenommenen Uebereinkommen einen Bericht über ihre Durchführung vorlegen solle, gemäß der in diesen Uebereinkommen enthaltenen Bestimmung, alle zehn Jahre über die Durchführung an die Konferenz zu berichten. Diese Berichte sollen nach Maßgabe ihrer Fertigstellung dem Verwaltungsrat jeweils vorgelegt werden. Diesen Vorschlag hat der Verwaltungsrat dann auch mit Zustimmung der Arbeitergruppe und unter anderen auch des deutschen Regierungsvertreters angenommen.

Am Schluß seiner Beratungen hat der Verwaltungsrat den Vorschlag der belgischen Regierung geprüft, die augenblicklich vom Internationalen Arbeitsamt durchgeführte Erhebung über Löhne und Arbeitszeit im Kohlenbergbau auf alle Arbeitsbedingungen in diesem Gewerbe auszudehnen. Er hat beschlossen, den Bergbauausschuß noch vor der Oktobertagung des Verwaltungsrats einzuberufen, damit er die Methoden, nach denen die Erweiterung dieser Erhebung durchgeführt werden soll, feststellen kann. Der Verwaltungsrat hat ferner beschlossen, der Einladung der polnischen Regierung zu folgen, und seine Oktobertagung in Warschau abzuhalten.

Moderne wirtschaftliche Schlagworte

ihr Sinn und ihre Berechtigung.

Zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung ist das Schlagwort geschaffen. Es spielt im öffentlichen Leben in der Propaganda eine große Rolle und erfüllt oft besser seinen Zweck als großzügig angelegte Reden und umfangreiche Abhandlungen. Es drückt in einem oder einigen Worten einen Tatbestand oder eine Meinung aus und ist wegen seiner Kürze beliebt. Das alles aber ändert nichts an der Tatsache, daß sein Inhalt oberflächlich und irreführend sein kann. Immerhin, es hat in der Agitation seine Vorzüge, und nicht zuletzt wird es deshalb im wirtschaftlichen Interessenkampfe besonders von dem gut ausgebauten Propagandaapparat des Unternehmertums ausgebeutet. Schon seit einigen Monaten sind die Worte: „Mengenkonjunktur", „Inlandskonjunktur", „Selbstkostenkrise" und „Selbstfinanzierung" in der wirtschaftspolitischen Tagesdiskussion zu Hause. Was besagen diese Begriffe und welche Berechtigung trohnt ihnen inne?

Seit etwa zwei Jahren durchzieht die deutsche Wirtschaft eine Epoche der Hochkonjunktur. In gewaltigen Produktionssteigerungen und verstärkter Umsatztätigkeit hat diese ihren sichtbarsten Ausdruck gefunden. Wenn der Umsatzanzeiger lief, daß im vergangenen Jahre die Steinkohlenförderung des letzten Vorkriegsjahres um 9 Prozent, die Braunkohlengewinnung um 73 Prozent, die Produktion von Eisen um 20 Prozent, von Rohstahl um 30 Prozent, von Walzwerkprodukten um 17 Prozent überschritten wurde, und daß die Zahl der zum Gütertransport benutzten Wagen gegen dem heißen Hochkonjunktursjahre der Vorkriegszeit 1913 um 12 Prozent gestiegen ist, so sind diese Angaben geeignet, um nach gesundem Menschenverstande folgern zu lassen, daß dadurch auch große Gewinne an die Unternehmen abgefallen sein müssen. Er schlußfolgert durchaus richtig und vernünftig, daß mit steigender Produktion und steigendem Umsatz auch der Profit gestiegen ist. Das war, wie wir unten noch sehen werden, ja auch tatsächlich der Fall, aber das Unternehmertum kann das auf keinem Fall zugeben, da sonst die „Beachtlichkeit der Arbeitnehmer" nur machsen könnte, was zu verhindern spezielle Aufgabe des im Unternehmerlohne sicherndes Syndikus und Journalisten ist. Diese haben dann auch bald den richtigen Ausdruck für diese Tatsache gefunden, indem sie die Behauptung aufstellten, gewiß, die Produktion und der Umsatz sind gewaltig gestiegen, aber erhöhte Gewinne waren damit nicht verbunden, denn es handelte sich um eine **Mengenkonjunktur.**

Das also ist Sinn und Zweck dieses Schlagwortes. Welcher Grad von Wahrheit und damit innerer Berechtigung es in sich birgt, mag folgende Betrachtung erhellen. Nach einer Zusammenstellung über die Bilanzen der deutschen Aktiengesellschaften nach den Abschlüssen zwischen dem 1. Juli 1926 und dem 30. Juni 1927 haben sich die Rentabilitätsverhältnisse erheblich gebessert. Bei über 3000 erfaßten Aktiengesellschaften ist im Geschäftsjahre 1926/27 das bilanzmäßige Eigenkapital um über 365,5 Millionen Reichsmark, der ausgewiesene Jahresreingewinn um mehr als 178,8 Millionen Reichsmark gegenüber dem Vorjahre gestiegen. Die Zahl jener Gesellschaften, die keine Dividende ausgeschüttet haben, ist erheblich zurückgegangen, während 8,9 Prozent aller erfaßten Gesellschaften eine Dividende von über 10 Prozent ausschütten in der Lage waren. Die Dividende ist gewiß ein recht unzuverlässiger Gradmesser für die Beurteilung der Rentabilität, denn sie ist nur einer von den vielen Kanälen, durch die den Besitzern von Aktienpaketen die Betriebsgewinne übermittelt werden. Immerhin zeigt auch die erhöhte Dividende, daß die Mengenkonjunktur der letzten Jahre in steigenden Gewinnen ihren Niederschlag gefunden hat.

Ein weiteres, ebenfalls augenblicklich stark im Gebrauch befindliches wirtschaftspolitisches Schlagwort ist: **„Inlandskonjunktur".** Auch dieses Wort enthält einen starken pessimistischen Unterton. Es besagt, daß der größte Teil der von der heimischen Wirtschaft erzeugten Güter im Inlande verbraucht wird. Das soll nach Unternehmerauffassung ein Uebelstand sein. Eigentlich war es nie anders. Denn schon in Vorkriegszeiten betrug die Ausfuhr nur etwa den zehnten Teil aller im Inlande erzeugten Werte. Wir haben ausgeführt:

Monatsdurchschnitt	1913	für 841,4 Millionen Reichsmark,
Monatsdurchschnitt	1927	für 854,6 Millionen Reichsmark,
Monat Januar	1928	für 862,1 Millionen Reichsmark,
Monat Februar	1928	für 912,2 Millionen Reichsmark.

Gewiß ist mengenmäßig die Ausfuhr zurückgegangen, wenn wir die Geldentwertung berücksichtigen, wobei allerdings nur eine Umrechnung über den Großhandelsindex in Frage kann, denn im Ausfuhrgeschäft werden Großhandelspreise bezahlt. Freilich sind auch die Arbeitnehmer an steigender Güterausfuhr interessiert, aber sie erblicken im Inlande den Hauptabsatzmarkt. Es gibt ja auch große Staaten mit hochentwickelter Wirtschaft, bei denen der Auslandsmarkt herzlich wenig Beachtung findet. Hier sei nur an den Vereinigten Staaten von Nordamerika erinnert. Gewiß hat Amerika für seinen Absatz, wie es in den Amerikaberichten immer heißt, ein großes Teil „Hinterland". Aber das haben wir auch. Unser Hinterland für den Absatz sind die 63 Millionen Menschen, deren Güterverbrauch noch lange nicht den Sättigungsgrad erreicht hat. Es kommt nur darauf an, diesen Markt kaufkräftig zu gestalten und zu erhalten. Allerdings geht das nur über die Einkommensbildung, also über die Lohngestaltung. Wird dieser Markt kaufkräftig erhalten, dann bietet er für die Steigerung des Warenabsatzes und damit der Wirtschaftskonjunktur dieselben Garantien, wie der Auslandsmarkt. Dann wäre die Unternehmerklage, wir haben „nur" eine Inlandskonjunktur, hinfällig. Unser Unternehmertum findet es bequemer, zu klagen, als auf dem vorgezeigten Wege Abhilfe zu schaffen. Hier Abhilfe schaffen können deshalb nur starke Gewerkschaften.

Die „Mengenkonjunktur" hat ein neues Schlagwort geboren, die **„Selbstkostenkrise"**, denn diese ist nach der Beweisführung der Unternehmer als Folge der Mengenkonjunktur eingetreten. Weil eben die Gewinne am Einzelprodukt zu gering waren, oder gar mit Verlust gearbeitet wurde, stellten sich die Selbstkosten über die erzielten Preise und die „Selbstkostenkrise" war da. Diese beweist nun schon — immer nach Unternehmermeinung — eine geraume Zeit. Ihre unausbleibliche Folge mußte eigentlich der völlige Wirtschaftszusammenbruch sein, aber davor hat uns das Schicksal ja erfreulicherweise bewahrt. Also scheint auch dieses Schlagwort nicht zu stimmen. Und das scheint nicht nur so, es stimmt wirklich nicht. Die Argumentation des Unternehmertums erinnert an jenen Schankkunrt, der einem Gast im Brustton der Ueberzeugung erklärte, an jedem verkauften Glas Bier habe er zwei Pfennige zu, und auf die Frage des erstaunten Gastes, wie er denn dann überhaupt bestehen könne, prompt antwortete: „Ja, die Menge muß es bringen." Die Menge (Mengenkonjunktur) hat es auch wirklich gebracht, aber nicht weil die Erlöse niedriger waren als die Selbstkosten, sondern im Gegenteil zwischen diesen und dem Verkaufspreise eine viel zu große Differenz liegt.

Außerdem hat die deutsche Industrie in den letzten beiden Jahren gewaltige Aufstellungen, Neuanschaffungen und Modernisierungen vorgenommen. Nicht, indem sie die dazu notwendigen Kapitalien auf dem Kapitalmarkte ergalten hatte, sondern gleich aus erster Hand zurückbehielt. Das ist die Methode der **„Selbstfinanzierung,** wovon die „Kölnische Zeitung", ein führendes deutsches Unternehmerblatt, sagt, daß es ein häßliches Schlagwort ist. Häßlich sicherlich deshalb, weil es im Gegensatz zu den anderen Schlagworten ein großes Stück Wahrheit in sich birgt. Auf Kosten der Löhne vollzog sich diese Kapitalbildung. Sie ist aber nur bis zu einem gewissen Grade wirtschaftsfördernd. Wird dieser überschritten, dann tritt Ueberkapitalisierung ein, deren Folge unnötige Belastung ist, die wiederum in hohen Preisen jüngst wird. Und das ist heute bereits in hohem Maße der Fall.

Das Unternehmertum verfügt über einen glänzend ausgebauten Pressekapparat, mit dessen Hilfe es die öffentliche Meinung auch durch die oben zitierten Schlagworte für sich zu gewinnen versucht. Diese richtig zu stellen und ihren wahren Sinn zu enthüllen ist Aufgabe der Arbeiterpresse, die wirtschaftlichen Uebelstände, die das Schlagwort bezeichnet, aber zu beseitigen, ist Aufgabe der Gewerkschaften.

F. B.

Der verderbliche Kreislauf:

Preiserhöhung — Löhne — Preise.

Mit außerordentlich durchschlagenden Beweisen wendet sich der bekannte Professor Dr. Marl Oppenheimer in einem Artikel der „Vossischen Zeitung" vom 26. Mai „Lohnerhöhung ohne Preiserhöhung" gegen den bekannten Kreislauf: Löhne — Preise — Löhne. Er schreibt unter anderem:

„Es ist eine der bedenklichsten Erscheinungen der Nachkriegswirtschaft, daß unsere Industrie sich anscheinend nicht aus dem unfruchtbaren Zirkel befreien kann, wonach jeder Lohnerhöhung mit automatischer Selbstverständlichkeit eine Preiserhöhung zunächst der Rohprodukte, dann der entscheidenden Halbfabrikate und Transportmittel und endlich der Bedarfsartikel folgt. Damit ist dann der Sinn der zahlenmäßigen Lohnerhöhung ausgelöscht, und nach einer mehr oder minder langen Respektsfrist geht die Sache von neuem vor sich; die Schraube dreht sich wieder um eine Drehung weiter."

Der Verfasser folgert dann weiter, daß die Arbeiter absolut nichts von der papiernen Lohnerhöhung gehabt hätten: „Sie können nicht ein Stück Rutgut mehr aus dem Markte nehmen, und die anderen Konsumenten weniger; d. h. der Umsatz wird kleiner: die Detaillisten nehmen nicht nur für ihre Kundschaft weniger Ware ab, sondern auch ihre eigene Kaufkraft sinkt und verkleinert wieder den Markt. So ist denn das Ergebnis der Lohnerhöhung kein anderes als Rückgang der Konjunktur. — Und wenn das so weiter geht, werden wir bald in die Aera der Lohnkämpfe mit umgekehrtem Vorzeichen, d. h. gewaltsamem Abbau mit dann rapide sinkenden Umsätzen und Krisen kommen." Im weiteren erinnert Professor Oppenheimer daran, daß trotz produktionstechnischer Fortschritte trotz allen Rationalisierungen eine Verbilligung der Warenpreise auf sich warten läßt. Aber viel wichtiger sei der Umstand, daß für die technisch mögliche Produktion bei gesungener Absatz vorhanden sei. Die sehnen modernen Betriebe mit umgekehrtem Vorzeichen, d. h. gewaltsamem Abbau mit dann rapide sinkenden Umsätzen und Krisen kommen." Im weiteren erinnert Professor Oppenheimer daran, daß trotz produktionstechnischer Fortschritte trotz allen Rationalisierungen eine Verbilligung der Warenpreise auf sich warten läßt. Aber viel wichtiger sei der Umstand, daß für die technisch mögliche Produktion bei gesungener Absatz vorhanden sei. Die sehnen modernen Betriebe arbeiten nur mit halber Kraft. Der Verfasser kommt dann zu nachfolgenden Feststellungen, die außerordentlich beachtlich sind:

„Und hier steckt auch der psychologische Weisenkern des ganzen bedrohlichen Zustandes. Die Industrie will es nicht lernen, daß der Arbeiter nicht nur Lohnempfänger, sondern auch Konsument ist. Die ganze deutsche Arbeiterschaft und der ganze Mittelstand (recht weit hinauf!) schränkt seinen Konsum aufs äußerste ein, weil der Reallohn zu niedrig ist, und weil, wie eingangs vermerkt, jede Nominallohnung sofort unwirksam gemacht wird. Der Schuhfabrikant bemerkt mit Sorge, daß heute in Deutschland noch nicht ein Paar Schuhe jährlich auf den Kopf der Bevölkerung entfallen. Wenn der Lederarbeiter mehr verdiente, würde er sich zwei Stiefel kaufen; und wenn der Schuhfabrikant mehr verdiente, dieser eben alle anderen Rutgüter. Jede Industrie hält ihre Arbeiter so knapp als irgend möglich und sieht nicht, daß ihre Arbeiter dann eben auch ihre eigenen Produkte nicht kaufen können — und daß alle anderen Kauser auch an dieses Gesetz gebunden sind, Gastwirt und Arzt, Beleihungs- und Reichsgerichtsrat. Ebenso wie den Fall, man könnte den rund 20 Millionen Erwerbstätigen mit kleinen Einkommen mit einem Schlage 10 Mark monatlich mehr Reallohn geben (nur 5 Pfennig die Stunde), so würden diese im Monat 200 Millionen mehr Rutgüter kaufen, 2½ Milliarden im Jahr, etwa 10 v. H. der Gesamtproduktion ohne Export. Was sie nicht sofort in Rutgütern anlegen, kommt als billiges Sparkapital ebenfalls der Wirtschaft zugute. Hohe Löhne sind also die beste Konjunktur." Zweifellos ganz klar liegende Argumente, wobei man nur bedauern muß, daß maßgebende Kreise, deren Richtigkeit immer wieder zu bestreiten versuchen. Prof. Oppenheimer sieht einen großen Teil des Uebelstandes, d. h. der Verhinderung der Reallohnsteigerung in der immer deutlicher werdenden Kartellwirtschaft. Sie verhinderten, daß die schlecht arbeitenden Werke verschwinden und deren Produktion von den besser arbeitenden Betrieben übernommen wurde. Auch verweist der Verfasser auf den gehemmten Wohnungsbau. Vom Wohnungsbau hängt jede Industrie ab, nicht nur die am Bau selbst beteiligte. „Denn wenn junge Paare Wohnungen haben werden, so nehmen sie Hunderte von Dingen aus dem Markt; das sind Selbstverständlichkeiten."

Zum Schluß faßt der Artikel der „Vossischen Zeitung" folgende Warnung aus: „Es ist nicht mehr lange möglich, die Dinge treiben zu lassen. Löhne — Preise — Löhne, wir rutschen bergab! Und

die vielfach mit Recht geringste Wünsche unserer Industrieführer und Bankiers selbst gerade hier nicht versagen."

Wir bezweifeln, daß diejenigen Kreise, an die sich Prof. Oppenheimer wendet, dieser Mahnung beachten werden. Mit erstaunlicher Zähigkeit scheinen sie an alten Bahnen fest, ohne sich Gedanken darüber zu machen, daß eine wirtschaftspolitischen Ansichten von der Wirklichkeit bereits lange überholt sind. Ja, Organe, wie die „Deutsche Bergwerks-Zeitung" bringen es sogar fertig, den Gewerkschaften, die sich für die oben gekennzeichneten wirtschaftlichen Notwendigkeiten mit aller Kraft eingesetzt haben, alle Schuld in die Schuhe zu schieben. In ihrer Nummer vom 29. Mai schreibt dieses Scharfmachergroßorgan: „Das Unheil, das die Gewerkschaften im heutigen Zustande am Organismus der Wirtschaft unter Mißbrauch ihrer Kraft- und Machtentfaltung, ist groß, denn der staatliche Lohnfestsetzungsapparat des Schlichtungswesens arbeitet bekanntlich auf einseitigen Druck und für die einzelnen Interessen der Gewerkschaften. In welchem Zusammenhang dieses Urteil dieser Zeitung steht in einer Besprechung des vorzüglichen Schriftchens unseres Kollegen Fritz Lorenz „Warum arm sein?" Ist dieser Schrift hatte der Verfasser die Gedanken, die auch Prof. Oppenheimer vertritt, mit eindringlicher Klarheit zum Ausdruck gebracht. Und weil sich auch die Gewerkschaften für diese einzig mögliche Wirtschaftspolitik einsetzen, deshalb werden sie beschuldigt, ein großes Unheil am Organismus der Wirtschaft angerichtet zu haben.

Wir stehen am Wendepunkt einer Konjunkturperiode. Die Wirtschaftslage wird weiterhin bergab gehen, wenn jene wirtschaftspolitischen Neigungen zur Tatsache werden, wie sie von großen Kreisen des Unternehmertums vertreten werden. Es wäre für alle Zeit um die deutsche Wirtschaft schlecht bestellt, wenn nicht die Gewerkschaften und einsichtige Männer des Bürgertums für eine Stärkung der Kaufkraft bemüht gewesen wären. Hohe Löhne sind die beste Konjunktur. Dies stellt Prof. Oppenheimer nach einer gründlichen Untersuchung fest. Das ist auch unsere feste Ueberzeugung, die wir schon lange verfechten. Ueberflüssig, zu sagen, daß wir damit dem Interesse der Wirtschaft dienen.

Wochen-Rundschau

Der 11. August Nationalfeiertag.

Der Reichsrat nahm den Antrag Preußens, den 11. August zum Nationalfeiertag zu erklären, mit 47 gegen 19 Stimmen bei zwei Enthaltungen an. Die Frage, ob der Gesetzentwurf verfassungsändernden Charakter habe, wurde mit 52 gegen 11 Stimmen bei fünf Enthaltungen verneint. Der Reichstag hat nunmehr die Möglichkeit, den Gesetzentwurf mit einfacher Mehrheit anzunehmen, was als bestimmt angenommen ist.

Es ist interessant, zu erfahren, wer gegen den Gesetzentwurf gestimmt hat. Es sind dies Bayern und Württemberg, die preußischen Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern und Niederschlesien. Oldenburg und Oberschlesien enthielten sich der Stimme.

Weiterer Rückgang der Arbeitslosenziffern.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist in der ersten Hälfte des Monats Mai von rund 729,300 am 30. April auf 612,200 am 15. Mai, also um rund 87,100 oder um 11,9 Prozent, zurückgegangen. Die Zahl der Hauptempfänger von Krisenunterstützung sank von rund 162,100 auf 142,900 oder um 12 Prozent. Die Zahl der Notstandsarbeiter ist in der Berichtszeit wiederum gestiegen, und zwar um 1,7 Prozent. Sie betrug am 15. Mai rund 91,000.

Die 11. Internationale Arbeitskonferenz,

die am 30. Mai in Genf zusammentrat und etwa drei Wochen dauern wird, behandelt die Verfahren zur Festsetzung von Mindestlöhnen und die Unfallverhütung in gewerblichen Betrieben. Die Versammlung wird den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts neu wählen.

Seit Monaten gewesene Verhandlungen über den **Zusammenschluß in der ost- und mitteldeutschen Waggonindustrie** zwischen der Linke Hoffmann Werke AG., der Waggon- und Maschinenfabrik AG., vormals Busch in Bautzen und Weimar, und der sächsischen Waggonfabrik Werdau AG. in Werdau sind beendet worden. Die Fusion der drei Gesellschaften ist beschlossen worden.

Zinkkartell gegründet. (VWD.) Die Gründung des europäischen Zinkkartells ist nunmehr in Brüssel erfolgt. An der Sitzung nahmen sämtliche europäischen Produzenten teil, so daß 95 Prozent der europäischen und rund 48 Prozent der Weltproduktion von dem Kartell kontrolliert werden. Zunächst ist ein statistisches Bureau geplant worden. Bereits bestehen auch Pläne zur Einschränkung der Produktion.

Rußland. (VWD.) In Rußland ist man bestrebt, die Auflage des Zentralorgans der Gewerkschaften „Trud" bis zum Januar 1929 „wenigstens" auf 1000,000 zu bringen. Wenn man bedenkt, was für Papierfluten die Massen über ihre kleine Zahl von Anhängern in der übrigen Welt ergießen, so ist eine Auflage von 1000,000 bei einer Mitgliederzahl von 10,000,000 im Lande tatsächlich beschämend klein und legt allerlei Schlußfolgerungen bezüglich des „gewaltigen" Interesses zu, das die Arbeiter Rußlands ihrer Zentralorganisation entgegenbringen.

In England wurden seit dem 1. Januar 1927 im Steinkohlenbergbau 769 Gruben mit 10,800 Mann Belegschaft geschlossen.

(VWD.) **Die Beschäftigung von Ausländern in der Tschechoslowakei** ist soeben neu geregelt worden. Kein Arbeitgeber darf ohne ausdrückliche Erlaubnis einen Ausländer einstellen, der nicht ununterbrochen seit dem 1. Februar 1927 in der Tschechoslowakei wohnt. Die Bewilligung für die Beschäftigung darf nur gewährt werden, wenn die Arbeitsmarktlage dies rechtfertigt oder wirtschaftliche Gründe dies erfordern. Die Ermächtigung darf nicht länger als auf ein Jahr erteilt werden.

(VWD.) **Verbot der Beschäftigung von Ausländern in Griechenland.** Auf Grund der herrschenden Arbeitslosigkeit hat der Innenminister kürzlich ein Rundschreiben erlassen, in dem die Polizeibehörden angewiesen werden, Ausländern neue Arbeitsbewilligungen in gewissen Industrien und Berufen nicht mehr zu gewähren. Diese Liste umfaßt etwa 50 Berufe, so daß das Verbot nahezu als ein allgemeines betrachtet werden kann.

Die Vierzigstundenwoche als Maigeschenk .. in Amerika

Laut „International Labor News Service" (J. L. N. S.) hat eine der größten Firmen der Bekleidungsindustrie der Vereinigten Staaten nach eingehenden und sehr sachlichen Verhandlungen mit der Vereinigten Bekleidungsarbeitergewerkschaft beschlossen, ab 1. Mai die Fünftagewoche einzuführen, und zwar so, daß an fünf Tagen der Woche je 8 Stunden gearbeitet und für den dadurch verursachten Ausfall an Arbeitsstunden gleichzeitig eine Lohnerhöhung eingeführt wird. In der bei dieser Gelegenheit publizierten Bekanntmachung sagt die Geschäftsführung des Unternehmens unter anderem, daß sie die Einführung der 40-Stundenwoche schon seit einiger Zeit in Erwägung gezogen habe und zum Schluß gekommen sei, daß die Fünftagewoche mit je 8 Stunden Tagesarbeit „wirtschaftlich gesund sei". Ferner wird gesagt, daß die Entwicklung der modernen Technik und die größere Arbeitsleistung des Durchschnittsarbeiters in den Betrieben die Einführung der verkürzten Arbeitszeit rechtfertige.

Der J. L. N. S. bemerkt in diesem Zusammenhang, daß ohne Zweifel andere Unternehmer diesem Beispiel folgen werden. Dies ist bereits geschehen, indem soeben die größte Firma der Bekleidungsindustrie von Neu-England ebenfalls die Einführung der 40-Stundenwoche ankündigt.

Deutliche Zahlen über die Wirkung der Rationalisierung

(VWD.) Da in Oesterreich jedes Gesuch betr. die zollfreie Einfuhr von arbeitsparenden Maschinen aus dem Auslande den österreichischen Maschinenverband passieren muß und dieser sehr genaue Aufstellungen macht, ist es an Hand von diesbezüglichen Angaben des „Wirtschaftsdienstes" möglich, sich in diesem konkreten Falle ein klares Bild über das Tempo und den Umfang der Rationalisierung zu machen: Im Durchschnitt werden per Woche 100 solche Bewilligungen erteilt, so daß per Jahr 5200 bis 5500 arbeitsparende Maschinen nach Oesterreich eingeführt werden. Die Bewilligungen arbeitsparender Maschinen bei der einheimischen Maschinenindustrie werden für das Jahr 1927 mit 6300 bis 6500 angegeben, so daß man insgesamt auf 11,500 bis 12,000 Maschinen kommt.

Will man sehen, wie viele Arbeiter durch diese Maschinen freigesetzt werden, so ergeben sich ebenfalls ziemlich konkrete Zahlen. Denn der andere wichtige Rationalisierungsfaktor, die Zusammenlegung der Betriebe, wirkt sich in Oesterreich, dessen Betriebe auch jetzt noch zu drei Dritteln Kleinbetriebe sind, noch erheblich aus. So ergibt sich denn die eisernunliche Tatsache, daß allein durch arbeitsparende Maschinen im vergangenen Jahre 40,000 bis 50,000 Arbeiter freigesetzt worden sind, davon 25,000 allein in Wien.

Zuverlässigen, in allen Zweigen der österreichischen Industrie durchgeführten Erhebungen der österreichischen Arbeiterkammer zufolge ist gleichzeitig eine Gesamterhöhung der Arbeitsleistung im Ausmaße von 20 bis 40 Prozent eingetreten. In einzelnen Industriezweigen konnte effektive Arbeitsleistung per Arbeiter im Betriebe bis zu 400 Prozent gesteigert werden, so z. B. in der Glühlampenfabrikation. In der Kleineisenindustrie betrug die Steigerung 100 Prozent, ebenso im Bergbau, in der Automobilindustrie, in der Schuhindustrie und in einem Teil der metallverarbeitenden Industrie. 30 bis 60 Prozent betrug die Steigerung in der chemischen Industrie, der Textilindustrie und verschiedenen Gewerbezweigen.

Erhebung über die Werkspensionskassen

In dem vom Parlament vor seiner Auflösung angenommenen Notprogramm erfolgte bekanntlich eine Zuweisung von drei Millionen Mark an die in unverschuldete Not geratenen Werkspensionäre. Da die Zahl der Rentenberechtigten der Werkspensionskassen, die zum großen Teil Opfer der Inflation geworden sind, mindestens 600,000 bis 750,000 beträgt, die fast ohne Ausnahme bedürftig sind, entfällt auf den einzelnen ein Betrag von etwa 50 Mark. Von einer wirksamen Hilfe für die um ihre Pension gekommenen Arbeiter kann demnach keine Rede sein. In dem jüngst erschienenen Geschäftsbericht des Deutschen Werkmeister-Verbandes für 1926/27, der eine außerordentlich wertvolle Darstellung der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik enthält und deshalb auch als Nachschlagebuch warm empfohlen werden kann, werden die Ergebnisse der Erhebung des Reichswirtschaftsministeriums, die bisher nicht im Druck erschienen sind, mitgeteilt. Von der Erhebung war nur ein Teil der Kassen erfaßt, insgesamt 223 Kassen mit 362,077 Mitgliedern und 53,297 Rentenberechtigten. Unter diesen befinden sich 91 Kassen, die ihr Vermögen auf Reichsmark umgestellt haben, mit 167,826 Mitgliedern und 27,396 Rentenberechtigten. Von diesen erhalten nur 16,721 eine 100prozentige Pension, 6257 zwischen 50 und 100 Prozent und die übrigen noch erheblich weniger, zwischen 15 und 50 Proz. Diese Pensionen werden jedoch teilweise freiwillig mit dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs gezahlt. Weiterhin wurden von der Erhebung erfaßt: 81 Kassen mit 70,857 Mitgliedern und 22,647 Rentenberechtigten, die zwar nicht aufgelöst sind, jedoch ihre Tätigkeit eingestellt haben, dem amtlichen Ausdruck zufolge „ruhen". Der satzungsgemäße Anspruch der Pensionäre, Witwen und Waisen in die ruhenden Kassen beläuft sich auf 19,667,786 Goldmark. Freiwillig gezahlt werden nach der Erhebung 10,822,028 Mark. Ferner wurden noch 51 mit behördlicher Genehmigung aufgelöste Kassen in die Erhebung einbezogen. Zeiten nach der Inflationszeit neue Versicherungseinrichtungen geschaffen wurden, wurde der Erhebung zufolge „fast überall die Fürsorge für die Pensionäre der aufgelösten Kassen von den Unternehmern übernommen, obwohl die neue Einrichtung die Verbindlichkeiten der alten Kassen nicht übernahm". Die Statistik zeigt aber, daß von den 51 aufgelösten Kassen mit 3261 Rentenberechtigten nur 11 Kassen mit 676 Pensionären volle Aufwertung gewähren, 17 Kassen mit 1583 Pensionären eine Quote von 50 bis 100 Prozent, während die andern entweder nur viel geringere Pensionen erhalten oder aber überhaupt leer ausgehen. Aus der Erhebung ergibt sich unzweideutig, daß die Lage der Werkspensionäre, die zu den bedauernswertesten Opfern der Inflationszeit gehören, außerordentlich unzulänglich geblieben ist und deren Los durch Aenderung der Aufwertungsgesetze gebessert werden muß. Bekanntlich verlangten die Gewerkschaften eine Aufwertung der Ansprüche der alten Werkspensionäre auf 100 Prozent in allen Fällen, wo das Unternehmertum imstande ist, solche Renten zu bezahlen. Im neuen Reichstag muß über diese Forderung entschieden werden.

Die Frau als reaktionäres Element

Es dürfte heute in den Kreisen der Arbeiterbewegung nur eine Meinung darüber geben, daß das politische Wahlrecht der Frauen in erster Linie denjenigen Parteien zugute kommt, die die Gleichberechtigung der Frau energisch bekämpft haben. Die Sozialdemokratie als die Partei, welche die politische Gleichberechtigung der Frauen von jeher gefordert hat und der die Einführung des Frauenwahlrechtes in Deutschland nach dem Umsturz zu danken ist, zieht vorerst aus diesem Zuwachs an politischen Kräften keinen Nutzen. In einer Reihe von Städten sind bei der letzten Wahl getrennte Wahlzellen zur Anwendung gekommen, die eine Auswirkung des Wahlrechts bei den Frauen und Männern gestatten. Es hat sich dabei ergeben, daß die Frau stark konservativ veranlagt ist. Sie urteilt nach alten Vorurteilen und namentlich nach religiösen Gesichtspunkten. Dies trifft namentlich da zu, wo die katholische Religion vorherrschend ist. Das Zentrum vermochte einen sehr großen Teil seiner Anhängerschaft aus der weiblichen Wählerschaft zu ziehen. Das nachstehend angeführte Wahlergebnis von Heidelberg dürfte für die katholischen Landesgebiete im allgemeinen zutreffen. Von den abgegebenen gültigen Stimmen für beide Geschlechter entfielen in Heidelberg auf 100 Wähler: bei der Sozialdemokratischen Partei 77,75 Wählerinnen, bei der Deutschnationalen Volkspartei 118,75, Zentrumspartei 181,24, Deutsche Volkspartei 108,55, Kommunistische Partei 61,26, Demokratische Partei 90,69, Linke Kommunisten 50,20, Wirtschaftliche Vereinigung des Badischen Mittelstandes 90,75, Deutsche Bauernpartei 71,12, Volkisch-Nationaler Block 104,03, Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkspartei 81,73, Nationalsozialistische Arbeiterpartei 19,25, Volksrechtspartei 149,14, Christlich-Soziale Reichs-

Wo verlebe ich meine Ferien?

Aus Naturfreundekreisen wird uns geschrieben:

Wenn noch vor wenigen Jahren das Reisen und „In-die-Ferien-gehen" fast ausschließlich Privilegium der besitzenden Klasse war, so haben sich heute die Verhältnisse ganz und gar gewandelt. Fast muß der Arbeiter mit seiner Gewerkschaft auch noch heute schwer um die Bewilligung seiner Ferien kämpfen und können

Naturfreundehaus am Kirkelstein, Bahnstation Schönn Hermsdorf/Schles. (Linie Dresden-Bodenbach.) Unterkunft für 150 Personen, drei Schlafsäle, zehn Zimmer, zwei Aufenthaltsräume, Wasch- und Baderäume. Terrasse mit herrlicher Aussicht. Sehr Ausflugspunkt zu Wanderungen nach den Schrammsteinen, Großer Winterberg, Hohen Schneeberg, Predigtstuhl, Edmundstamm, Wilde Klamm usw. Anmeldung an Fritz Raben, Dresden A., Amalienstraße 20. Laden

auch die wenigen Ferientage, die ihm heute zustehen, als genugend für Ruhe und Erholung nicht angesehen werden, aber — und das ist das Erfreuliche — er ist doch wenigstens in der Lage, seine kargen Ferientage außerhalb der Großstadtmauern verleben zu können. Früher, als der Proletarier auf seinen Wanderungen fast ausschließlich auf die teueren Wirts- und Gasthäuser angewiesen war, war es ihm sehr schwer möglich. Heute ist es anders, durch mühe- und opferreiche Arbeit des Touristenvereins „Die Naturfreunde", der internationalen Wanderorganisation der Arbeiterschaft, wurden in den schönsten Gegenden Deutschlands Unterkunfts- und Ferienheime erstellt, die nicht nur den Mitgliedern der Naturfreunde, sondern zu überaus günstigen Bedingungen auch allen gewerkschaftlich, politisch und genossenschaftlich Organisierten und deren Angehörigen zu Unterkunft und Ferienaufenthalt offenstehen.

Innerhalb der Grenzen Sachsens, das ja überaus herrliche Wandergebiete aufzuweisen hat — wir erinnern an die Sächsische Schweiz, das Erzgebirge, Vogtland und die Lausitz — besitzt heute der Naturfreundegau Sachsen 14 Naturfreundehäuser, von denen sich vier Heime ganz besonders zum Ferienaufenthalt eignen. Zunächst führen wir zwei davon im Bilde vor. Bei den anderen beiden, ebenfalls sehr schön gelegenen, Heimen handelt es sich um folgende: Naturfreundehaus am Baltenberg bei Oberneukirch (Lausitz). Anmeldung an Hauswart M. Lippold, Oberneukirch i. S., Naturfreundehaus, Naturfreundehaus bei Großsteinberg (bei Grimma i. Sa.). Anmeldung an Fr. Schmidt, Leipzig-C. 28, Erwachstraße 15.

Anmeldungen für Ferienaufenthalte sende man stets nur an obige Adressen, während die Wanderauskunftsstelle des Gaues, Dresden-A., Rähnitzstraße 4, Gedeckstoß, jederzeit weitere Auskunft und Ratschläge über Ferienorte, Wandergebiete und Reisen kostenlos erteilt.

Wir hoffen, daß unsere Zeilen und Bilder recht vielen ein Ansporn werden, zu Ferienzeiten der Enge, dem Lärm und dem Staub der Großstadt zu entfliehen und in einem der zahlreichen Naturfreundehäuser die Gastfreundschaft der Naturfreunde in Anspruch zu nehmen.

Naturfreundehaus Königstein a. d. Elbe. Bahnstation an der Linie Dresden—Bodenbach. Unterkunft für 200 Personen. Großer Aufenthaltsraum, Kochgelegenheit, Bade- und Waschräume, Bootsraum und Anlegestege für Wasserwanderer, Badegelegenheit in der

Nähe des Heimes. Mitten in der Sächsischen Schweiz gelegen, daher als Stützpunkt für Wanderungen im Bastelgebiet, nach Lohnstein und Hohnstein, Pfaffenstein und Wolfsstein und Wolfsschlucht, nach den Tafelfichten und Bärenstein, nach den Schrammsteinen und Kirnitzschtal u. a. m., zu empfehlen. In einer Tageswanderung ist auch das Heim am Kirkelstein zu erreichen. Anmeldung an Paul Friedemann, Pirna Copitz, Schulstraße 11.

partei 147,64, Alte Sozialdemokratische Partei 105,90, Deutscher Reichsblock der Geschädigten 81,92.

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß nicht nur das Zentrum sich stark auf seine weiblichen Wähler zu stützen vermag, sondern auch die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei u. a. Diese Erfahrungen führen zu dem Schluß, daß noch sehr viel Aufklärung getrieben werden muß, ehe das weibliche Element von dem konservativen Beharrungszustand losgelöst ist. Für das Zentrum und andere Parteien bedeutet das Frauenwahlrecht heute ein sehr gutes politisches Geschäft. Die Sozialdemokratie vermag dies weniger von sich zu sagen. Wenn auch ein geschichtlich so bedeutsames Ereignis wie die politische Gleichberechtigung der Frau nicht nach augenblicklichen Erfolgen zu beurteilen ist, so ist diese Feststellung doch notwendig.

Die Stärke der Arbeiterverbände in der Schuh- u. Lederindustrie

Das „Reichsarbeitsblatt", welches aus ganz einwandfreien Quellen bedient wird, nämlich von den in Frage stehenden Organisationen selbst, berichtete vor kurzem über die Mitgliederzahlen der sämtlichen Arbeiterorganisationen, d. h. die Stärke der verschiedenen Organisationsrichtungen nach dem Stande am Ende des Jahres 1926. Für die Schuh- und Lederindustrie stehen die dem ADGB. angeschlossenen drei Verbände der Zuschneider, der Lederarbeiter und der Sattler, Tapezierer und Portefeuiller unbedingt an der Spitze. Zusammen erfaßt zählten diese drei Verbände am Jahresschlusse 1926 folgende Mitglieder:

Zentralverband der Schuhmacher	**71,113**	davon 30,007	= 42,2% weibl.
Verband der **Lederarbeiter**	**36,191**	davon 7,436	= 20,5% weibl.
Verband der **Sattler** usw.	**27,370**	davon 4,236	= 15,5% weibl.
also freigewerkschaftliche Lederarbeiter zusammen	**134,674**	davon 41,679	= 30,9% weibl.

Dagegen zählten:

der Zentralverb. **christlicher Lederarbeiter**	**9,591**	davon 2,716	= 28,3% weibl.
und der Gewerkverein **HD. Lederarbeiter**	**3,500**	davon 500	= 14,3% weibl.

Die Zahl der in der Schuh- und Lederbranche Organisierten aller Richtungen beläuft sich demnach auf 147,765 Arbeiter, wovon auf die freien Lederarbeiterverbände 90,1 Prozent, auf die christlichen 6,5 Prozent und auf die Hirsch-Dunckerschen 2,4 Prozent entfielen.

Wenn die christliche Organisationsrichtung glaubte, die in unserem Jahrbuch im Vorjahre gemachten Angaben über die Stärkeverhältnisse — wie sie eben nur aus privaten Ermittlungen sich ergaben — anzweifeln zu sollen, so findet sie nun hier deutlich bestätigt, wie weit die freien Gewerkschaften im Vorsprung sind.

Freilich erfährt man immer noch nicht, wie es mit dem Prozentverhältnis für die Schuhbranche allein bestellt ist. Vielleicht sieht es damit für die christliche Richtung noch weit ungünstiger aus. Aber die Zusammensetzung der Mitgliedschaft im christlichen Verband nach Gerbern, Sattlern, Portefeuillern und Schuhmachern wird eben von der christlichen Organisation ängstlich geheim gehalten, so daß beruflich nähere Vergleiche nicht möglich sind.

Zu annähernden Vergleichen der Besetzung der verschiedenen Berufsgruppen kann man immerhin gelangen, wenn man für die christliche und Hirsch-Dunckersche Organisation die bekanntlich außer auf die Schuhmacher sich auch auf die genannten anderen Ledergewerbe erstreckt) prozentual die gleiche Besetzung annimmt, wie sie bei den freien Gewerkschaften anzutreffen ist. Wir registrierten oben die Gesamtzahlen und erhielten für die drei freien Verbände 134,674 Mitglieder. Von dieser Gesamtzahl entfielen auf die Schuhmacher 52,8, auf die Lederarbeiter 26,9 und auf die Sattler 20,3 Prozent. Diese Verhältniszahlen auf die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinler angewandt, ergibt das folgende Resultat:

Die christliche Organisation würde sich zusammensetzen aus:

Schuhmachern	5064	davon weibl.	1435 (Prozent wie oben)
Lederarbeitern	2580	davon weibl.	551 „
Sattlern usw.	1947	davon weibl.	730 „
zusammen	9591	davon weibl.	2716

Für den HD. Gewerkverein errechnen sich nach dem gleichen Verhältnis:

Schuhmacher	1848	davon weibl.	264
Lederarbeiter	942	davon weibl.	153
Sattler	710	davon weibl.	101
zusammen	3500	davon weibl.	500

Nach dieser Berechnung würde die christliche Organisation aus der Schuhbranche also 5064 organisierte Mitglieder zählen, deren in jener Zeit 71,113 freiorganisierte Schuharbeiter gegenüberstanden. Wie gesagt, kann man aber nach bezweifeln, ob für die christliche Richtung die Zahl von 5064 stimmt, d. h. ob nicht ein Teil davon noch den übrigen Lederberufen zuzuzählen ist.

In dem Zusammenhang wollen wir auch nicht näher untersuchen, welcher Prozentanteil der christlich organisierten Schuhmacher auf Fabrikbetriebe und welcher auf Handwerksbetriebe entfällt. Jedenfalls sind mehrere Hundert christliche Organisierte als auf das Handwerk fallend, abzurechnen. Die Bedeutung dieser Organisation für die Schuhindustrie wird man als besonders hervorragend also nicht bezeichnen können.

Vielleicht wird man durch diese Feststellungen auf Zeite der Christlichen sich wieder unangenehm berührt fühlen. Wenn man solche Erörterungen vermeiden will, dann gibt es dagegen ein Mittel, und zwar dieses: Man lege öffentlich aus allen Orten Berechnung von den Mitgliedschaften vor, über die Mitgliederzahl, sowie die Einnahmen und Ausgaben, dann sind solche auf Umwegen gewonnenen Zahlenargumente überflüssig. Der Unterfertigt kann dann klar sehen und sich ohne weiteres ein Urteil bilden. Wer sich über die freien Gewerkschaften, z. B. den Zentralverband der Schuhmacher orientieren will, kann aus unseren Abrechnungen und Jahrbüchern sich leicht das Material selbst erholen. Unser Verband treibt keine Geheimniskrämerei.

Wir haben uns auch nicht gescheut, in unserer Statistik vom Vorjahre die Zahl der ermittelten Unorganisierten zu nennen. Wenn deren Zahl inzwischen zusammengeschmolzen ist, so dacht sicher darin unsere Organisation ebenfalls für sich den größeren Anteil und Verdienst. Aus diesen Tatsachen aber sollte jür alle in der Schuhindustrie und im Schuhmacherhandwerk Beschäftigten die Einsicht erwachsen, daß ihr Platz nur in der größten und nach jeder Richtung hin leistungsfähigen Organisation, dem **Zentralverband der Schuhmacher** sein kann.

M.

Die christlichen Gewerkschaften im Reichstag

Das Organ der christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche", veröffentlicht die Namen der Reichstagsabgeordneten, die den christlichen Gewerkschaften angehören. Sie verteilen sich auf fünf Parteien. Dem Zentrum gehören an: Stegerwald, Dr. Brüning, Giesberts, Imbusch, Joos Becker, Frau Teusch, Gerick, Tremmel, Schlack, Bieber, André, Erüng, Ehrhardt, Fehrenbach und Risiauer. Der Volkspartei gehören an: Thiel und Wunsiedl. Deutschnationale christliche Gewerkschafter sind: Lambach, Baecker, Moch und Hulier. Der Bayerischen Volkspartei gehören an: Dauer, Schwarzer und Troßmann. Zweifelhaft haben die christlichen Gewerkschafter auch bei den Nationalsozialisten (1) einen Vertreter namens Stöhr.

Dem „Deutschen", der ja einer der eifrigsten Vertreter des Bürgerblocks war — und es heute noch ist, und wenn man sich die Liste der Abgeordneten ansieht, begreift man das ohne weiteres —, ist offenbar nicht recht wohl ob des Ausgangs der Wahlen. Daß künftig die christlichen Gewerkschafter im Reichstag gegeneinander in der Opposition wie in der Majorität stehen werden, ist unvermeidlich. Aber, sagt das christliche Gewerkschaftsorgan, wir sind ja keine Gesinnungsgemeinschaft. Die Ziele der christlichen Gewerkschaften wurzeln „im Weltanschaulichen".

Die Gemeinsamkeit des Hitlerianers Stöhr und des Republikaners Joos ist danach eine Gemeinsamkeit der „Weltanschauung", die mit Gesinnung nichts zu tun hat. Dasselbe läßt sich wohl von der Gemeinsamkeit des Deutschnationalen Baecker, Schützer der Feinde der Schutz und Mappropriß, kreditwürdiger Gläubiger der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, und Imbusch, dem Führer der christlichen Bergarbeiter, sagen.

Diese Gemeinsamkeit, um die den „Deutschen" niemand beneiden wird, soll künftig mehr herausgearbeitet werden. Auf das Ergebnis dieser Arbeit kann man gespannt sein.

In Wirklichkeit haben sich die christlichen Gewerkschaften übernommen, als sie nach dem Umsturz ziemlich wahllos alles aufnahmen, was sich „auf den Boden der Tatsachen" stellte. Sie leiden jetzt an Verdauungsstörungen. Daher die melancholischen und geknickten Deutungsversuche, daher auch die Hoffnung, die noch am Grabe des Bürgerblocks aufgepflanzt wird.

„Vorwärts."

Gewerkschaftliches

Kongreß der Freien Gewerkschaften Deutschlands.

Der für 1928 fällige Gewerkschaftskongreß findet in der Woche vom 2. bis 9. September in Hamburg statt. Etwaige Anträge hierzu müssen bis spätestens 7. Juli beim Vorstande des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstraße 6, eingereicht werden. Antragsberechtigt sind die Mitgliedschaften und Bezirkvereine der Gewerkschaften. Die Veröffentlichung der Tagesordnung des Kongresses wird in der „Gewerkschafts-Zeitung" vom 9. Juni erfolgen.

Gewerkschaftsvertreter im neuen Reichstag.

Unter den Mitgliedern der neuen Reichstagsfraktion der SPD. befinden sich in erheblich großer Zahl solche Persönlichkeiten, die in führenden Positionen in der Gewerkschaftsbewegung stehen. Wir nennen folgende Namen:

Aufhäuser, Hermann Müller (Ludwigshafen), Graßmann, Schumann, Kopke, Georg Schmidt, Girbig, Bender, Ihrer, Janschek, Heinemann, Brandes, Striegel, Bäcker, Boeser, Lindberg, Simon, Scheffel, Tarnow. Außerdem ist die Wahl des Genossen Falkenberg, der auf der Reichsliste steht, wahrscheinlich.

In einem engeren Verhältnis zu den Gewerkschaften stehen ferner folgende Abgeordnete: Wissell, Beck, Robert Schmidt, Toni Zender, Krätzig, Schlicke.

Zur Beachtung für Amateurphotographen.

Wer unter beschränkten Umständen zufriedenstellende Resultate in der Amateurfotografie erzielen will, der mache sich die Erfahrungen zunutze, die die „Vereinigung der Arbeiterphotographen Deutschlands", Berlin W 8, Wilhelmstraße 48, bieten. In deren Gruppen wird von den verschiedenen technischen Fetzern mit reichem Anschauungsmaterial und in geeigneten Räumen jedem Arbeiter Gelegenheit geboten, sich billiges und gutes Arbeiten anzueignen. Der technische Unterricht, der Austausch der Erfahrungen, verbilligte Anschaffung von Material, die jedem bürgerlichen Zeitungen als recht gut anerkannte Monatsschrift „Der Arbeiter-Photograph", all das wird jeder Mitlage nicht mehr missen wollen, wenn er es kennen gelernt hat.

Gemeinnützige Baugesellschaft Chemnitz.

Die am 4. Oktober 1922 gegründete und von der Allgemeinen Bauten-Gesellschaft Chemnitz, den freien Gewerkschaften und der Stadt Chemnitz finanziell getragene Gemeinnützige Baugesellschaft hat seeren jeden jeden Geschäftsbericht erstattet lassen. Auf 72 reich illustrierten Seiten gibt das saubere Druckwerk einen umfassenden Bericht über die gemeinwirtschaftliche Bautätigkeit des Jahres 1927. Die Hauptaufgabe der Gemeinnützigen Baugesellschaft besteht bekanntlich darin, neben der Durchführung gemeinwirtschaftlicher Verdrängen im Bauwesen, vor allem auch den Kleinwohnungsbau zu fördern. Das verflossene Geschäftsjahr brachte eine Produktion von 3 819 215,06 Mark, das ist gegenüber dem Vorjahre ein Mehr von 750 076,55 Mark. Während im Februar 1927 der Personalbestand 192 betrug, stieg die Belegschaftszahl im Monat September auf 703 Personen an, die sich auf Maurer, Zimmerer, Zieglerer, Klempner, Zaunbauer, Maler, usw. verteilt. Neben den Bau Aufträgen der Allgemeinen Baugesellschaft von über 250 Kleinwohnungen sind im verflossenen Jahre unter anderem noch ausgeführt worden: 43 Einfamilienhäuser für die Stadt Chemnitz in der Siedlung „Frischborn", Maurerarbeiten für den Straßenbahnhof in Altchemnitz, Neubau der Großschlächterei für den Allgemeinen Konsumverein Chemnitz, 12 Einfamilienhäuser für den Spar- und Bauverein Harthau, Neubau des Verwaltungsgebäudes für den Arbeiter-Samariter-Bund Chemnitz und anderes mehr. Die Gemeinnützige Baugesellschaft Chemnitz entwickelte sich zu einem Unternehmen, das Achtung verdient. — Der oben erwähnte Bericht kann von Interessenten von der Geschäftsstelle, Chemnitz-Gablenz, Nordorn 2, bezogen werden.

Aus Beruf und Industrie

Von der Tagung der Hausschuhfabrikanten

Auf der diesjährigen Tagung des Hausschuhfabrikantenverbandes, die vom 2. bis 4. Juni in Nürnberg stattfand, konnte Syndikus Dr. Fürst feststellen, daß die Entwicklung der deutschen Hausschuhindustrie in den letzten Jahren günstige Fortschritte gemacht hat. Von einem Höchststand von 20,700 im August 1925 war die Arbeitnehmerzahl im Winter 1925/26 plötzlich auf 10,900 herabgesunken. Inzwischen aber hat sich die Hausschuhindustrie stetig erholt, so daß im August 1927 wieder 19,300 Personen beschäftigt wurden. Im Frühjahr 1928 hat ein bedeutend besserer Geschäftsgang festgestellt werden können als im gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres. Von einer akuten Krisis in der Hausschuhindustrie könne auch zur Zeit nicht gesprochen werden. Da im Verlauf der letzten Jahre durch Stillegungen usw. eine Reihe von Betrieben ausgeschieden sind, läßt der heutige Beschäftigungsstand vermuten, daß innerhalb der Hausschuhindustrie eine stärkere Konzentration eingetreten ist.

Von Interesse aus dem Bericht sind auch Mitteilungen über die Produktion.

Während die für das Jahr 1926 aufgenommene Produktionsstatistik eine Gesamtproduktion von nicht ganz 40 Millionen Paar Hausschuhen ergab, ist im Jahre 1927 die Gesamtproduktion auf rund 50 Millionen Paar Hausschuhe gestiegen.

Die Verteilung der Produktion.

Kameelhaarschuhe	27½ Prozent
Filzschuhe und Filzschnallenstiefel	13½ Prozent
Turnschuhe, Hallenturnschuhe usw.	15½ Prozent
Lederhaus- und Ledersparngenschuhe	14½ Prozent
Pantoffel:	
a) mit Ledersohle	13 Prozent
b) ohne Ledersohle	5½ Prozent
Sandalen	4 Prozent
Diverses Schuhwerk (Textilschuhe, Badeschuhe und sonst nicht besonders genanntes Schuhwerk)	6½ Prozent
	6½ Prozent
	100 Prozent

In dem Referate wurden eine Reihe, die Hausschuhfabrikanten berührende geschäftliche Fragen angeschnitten. Auf dem Preisgebiet für die Erzeugnisse herrscht freie Preisbildung, wie sie sich aus dem Wettbewerb ergibt. Erstaunt wird eine erhöhte Zinsbelastung für diejenigen Unternehmer, die das verzinsbare Zahlungsziel überschreiten, und zwar um 2 Prozent über den Reichsbankdiskont. Im Zusammenhang damit wird an die Schaffung einer Kreditauskunftsstelle und ein Handin-Hand Arbeiten mit der vom Reichsverband für die Lederindustrie in Anspruch genommene Kreditauskunftsstelle gedacht. Die Geschäftsleitung berichtete über Schritte, die unternommen worden seien, damit wegen der Warenbezeichnung „Kamelhaarschuhe" den Herstellern keine Unannehmlichkeiten entstehen. Der Begriff „Kamelhaarschuhe" habe sich mit der Zeit aus einem Qualitätsbegriff zu einem Gattungsbegriff entwickelt. Unter den Begriff fallen auch solche Schuhe, die aus anderen, als mit Kamelhaaren durchsetzten Stoffen gefertigt sind. Es sei notwendig, daß Gerichte und behördliche Stellen dieser Tatsache Rechnung tragen.

Die Außenhandelsverhältnisse für die deutsche Hausschuhindustrie sind nach den Angaben, die auf der Tagung gemacht wurden, nicht als unreinlich zu bezeichnen. Die Einfuhr an dieser Warengattung ist verhältnismäßig gering, während man zur Zeit gerade ein erschreckendes Anteigen der Einfuhrzahlen für Straßenschuhe verfolgen kann.

Während man im Vorjahre die Entwicklung des Außenhandels für Hausschuhwaren mit gewisser Sorge verfolgen mußte, weil eine rückläufige Bewegung zu vermerken war, so kann nunmehr eine Steigerung des Exports vermerkt werden, sowohl im Jahre 1927 gegenüber dem Jahre 1926 als auch eine weitere Steigerung im ersten Vierteljahr 1928 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Herkunftsbezeichnung für Importschuhwaren in England

Im allgemeinen beträgt die Frist für das Inkrafttreten der Beschlüsse über Herkunftsbezeichnung von nach England einzuführenden Waren sechs Monate von der Beschlußfassung ab. Wie die „Schuhindustrie" mitteilt, beträgt mit Bezug auf die vor einigen Monaten Gesetz gewordene Verpflichtung, Importschuhwaren mit der Herkunftsbezeichnung zu versehen, über die betreffende Frist Unklarheit. Man hatte sich deshalb nochmals an die beschlußfassende Kommission gewandt und diese hat entschieden, daß die Beschlüsse mit dem 1. Januar 1929 in Kraft treten werden. Dabei dürfte sicher also die Möglichkeit, in der bisherigen Weise Schuhwaren nach England einzuführen.

Neueste Erfindungen aus der Schuh- und Lederbranche

Mitgeteilt vom Patentbureau Ing. Müller & Co., G. m. b. H., Leipzig, Härtelstraße 23. — Patentberater industrieller Verbände und Organisationen.

Erteilte Patente:

159,088. Siegfried Brandt, Berlin Wilmersdorf, Hanauer Straße 79: Schuhwerk. — 159,540. „Aisto", Chemische Fabrik, G. m. b. H., Erfurt: Kleistarke für Schuhwerk. — 159,524. United Shoe Machinery Corporation, Paterson und Boston, V. St. A.: Gummiablap. — 159,886. Georg Kaufmann, Kassel, Leipzigerstraße 7: Zahlstiftchen mit Einrichtung zum selbsttätigen Anpassen des Zeichens an das Bein. — 159,887. Emil Lattemann, Bremen, Kronprinzenstraße 2: Mit biegsamem Lauflohle versehener, durch Einlagen und langes liegende Gelenkstücke verbreiterter Schuh. — 159,930. Schuhfabrik Hassia A.-G., Offenbach am Main, Schnabelweide für orthopädische Schuhe. — 159,321. Hermann Bist, Rostock i. M., Breite Straße 27: Vorrichtung am Schuhwerk zur Erleichterung des Gehens. — 160,322. United Shoe Machinery Corporation, Paterson und Boston, V. St. A.: Maschine zur Befestigung von an Schuhwerk anzubringenden Zehen, insbesondere zum Füllen und Bekleiden von Lauflohlen. — 160,520. Heinrich Gottlieb Teu, Erfurt, Gothaerstraße 17: Schuhwerk, dessen Brandsohle mit der Aufform angrenzenden Erhöhungen versehen ist, und Leisten zu seiner Herstellung. — 160,552. Leonhard Rolz, Gleiwitz, Kamplstraße 16: Knöchert für Schuhwerk. — 160,310. Richard Weigand, Varmen, Hochstraße 12: Vorrichtung zur Befestigung der Enden von Zunahrbändern. — 160,972. Firma Philipp Jakob, Hamburg, Brennerstraße 5: Hohlblock mit elastischem Einlag in den hinteren Oberteil. — 160,973. Heinrich Gibert, Offenbach am Main, Geleitstraße 9: Schuhwerk mit herausnehmbarer, mit der Brandsohle lostbar, jedoch unverschieber verbundener Gelenkstütze oder Einlage. — 161,210. Otto Hapicht, Frankfurt am Main Weil, Bottstraße 7a: Nietschlagpresse für die Schuhbesohlung.

Gebrauchsmuster:

1,026,120. Gebr. Zeuwen, Aachen: Kennschuhe, deren Formenstellung dem Bau des Fußes angepaßt sind. — 1,027,169. Richard Wiener, Leipzig 1, Grassi-Zeughaus, gewendet. — 1,027,466. Gebrüder Ahlmann, G. m. b. H., Barmen, Wichlinghauser Straße 11: Nachmaßpresse für Zeugteile Schnürriemenmaden. — 1,026,779. Konrad Kamrzel, Hamburg 24, Conventstraße 15: Vorrichtung zum Anstoßen von Schuhbesätzen, Bandpreßte und dergleichen. — 1,027,107. Bernhard Kleine, Leipzig, Zürichstraße 3: Arbeitsorb zur Bedeckung des Arbeitsmaterials und Hackenspoons. — 1,027,115. August Walter, Zittau-Sachsen: Beschlag in Kronenform. — 1,027,111. Carl Weinberg, München, Zindlinger Str. Nr. 12: Verschluß für Gummischuhe. — 1,027,211. Anton Roiert, Berne a. d. E.: Spannschuh. — 1,027,361. Wilhelm Langenfeld, Köln, Weißenburgstraße 10a, und Wertram Krüll, Köln, Mauritzwerftstraße 6-10: Fräs- und Ausspannmaschine für Schuhmacher. — 1,027,364. Gebrüder Krumbiegel, Zschopau i. Sa.: Schuhwerk zur Verhütung von Umknicken. — 1,028,171. Paul Zahnleiter, Reiße, O.-S.: Zeugbeschneidewerkzeug und Papierschneider. — 1,027,262. Kurt Kuhlbach, Weißenfels a. d. S.: Absteckeisen, und Heinrich Mäschke, Weißenfels a. d. S.: Absteckeisen aus Hartholz. — 1,026,331. Gretchenmaschinenfabrik, Frankfurt am Main, der „Wing" Gummiwaren und Industrie A.-G., Frankfurt am Main, Mainzer Landstraße 331: Vorrichtungen zur Fertigstellung von Gummischuhen. — 1,028,531. Julius Hirschengast, Leipzig, Gliedenstraße 13, und Fritz Binzenz, Leipzig, Lange Straße 19: Schuhabsatzdeckel. — 1,028,962. Herman Basse, Hannover, Nikolaistraße Nr. 21: Auswechselbarer Gummiabsatz. — 1,028,541. Wilhelm Lug, Heidenheim a. Brenz: Tischsch. Kindliches Schuhwerk mit diagonaler Einlage. — 1,029,500. Carl Möde, Berlin W 30, Schwäbische Straße 15: Leisten zum Aufweiten von Schuhen und Stiefeln. — 1,029,679. Karl Fischer, Wilhelm Schmidt und Ernst Stein, Gründerzeit-Gesellschaft, Zwickau und Zwickau: aus Wolle und Filz. — 1,029,871. Heinrich Weber, Gelsenkirchen, Lockstraße 34: Belüftungsvorrichtung für Kinderschuhen aus Wollen und Filz. — 1,030,431. Walther Pabnert, Chemnitz, Kaiserstraße 122: Kaderstortschleifer. — 1,031,075. August Brauner, Trossen A., Gerbelstraße 10: Zehenfleckpresse. — 1,031,111. Friedrich August Brechmann, Zwickau i. Sa.: Klebepresse für Schuhwerk. — 1,021,990. W. Heinrich Hartmann jun., Arfeld Ober: Schuhpolierbürste mit wechselbarem Bürstenkissen. — 1,031,101. Hanke & Co., Abt. Gel., Tuttlingen, Württemberg: Orthopädischer Schuh. — 1,031,189. Walter Hilebrand, Berlin W 30, Traunsteiner Straße 10: Wasserdichter und elastischer Kombinationsschuh. — 1,031,366. Firma Gustav Kattenbusch, Zäkeim i. Bl.: Klebepresse für Schuhwerk.

Bei der Anmeldung von Erfindungen erteilt das Patentbüro Ing. Müller & Co., G. m. b. H., Leipzig, unseren Abonnenten Rat und Auskunft kostenlos.

Reichsjugendtag des ZdA.

Wer noch nicht davon überzeugt war, daß der Gedanke der freien Gewerkschaft in den letzten Jahren innerhalb der Angestelltenschaft, im besonderen der kaufmännischen Jugend, immer größere Verbreitung gefunden hat, konnte zu Pfingsten 1928 in Frankfurt am Main, der Stätte des dritten Reichsjugendtages des Zentralverbandes der Angestellten, eines Besseren belehrt werden. Aus allen Teilen des Deutschen Reiches strömten die Jugendmitglieder des Verbandes zusammen, um hier in großen Kundgebungen und Veranstaltungen Zeugnis von dem steten Wachsen der freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen abzulegen. Wenn man bedenkt, welche finanziellen Schwierigkeiten der Besuch des Jugendtages gerade den noch im Lehrverhältnis stehenden Jugendlichen bereitete und dann berichten kann, daß sich über 7000 Jugendliche am Jugendtag beteiligten, so kann man ermessen, welche Begeisterung nach Frankfurt am Main mitgebracht wurde. Selbst aus den Teilen des Reiches, die von Frankfurt am Main am entferntesten liegen, wie z. B. Schlesien und Ostpreußen, waren die Jugendlichen in bewundernswerter Anzahl erschienen. Die große Beteiligung zeigt vor allen Dingen, daß die Jugendgruppen des Verbandes seit dem zweiten Reichsjugendtag im Jahre 1925 in Bielefeld eine außerst rege Arbeit entfaltet haben. Zu Bielefeld lautete die Parole: „Die Zukunft, die wird unser sein!" Frankfurt am Main war die erste Bestätigung dieser Prophezeiung.

Der dritte Reichsjugendtag wurde mit einer Begrüßungsfeier im „Zarophonsaal" auf dem Festhallengelände eröffnet. Der mit schwarzrotgoldenen und roten Fahnen geschmückte Saal war bald überfüllt. Vertreter von Behörden, Berufsschulen und befreundeten Organisationen waren erschienen, um ihr Interesse an der Veranstaltung zu bekunden. Im Rahmen des Programms erfolgten Vorträge eines Musikorchesters und eines Sprechchors und Ansprachen von dem Gauleiter für Hessen, Hermann Hempel, und von dem Vertreter des Verbandsvorstandes, Georg Ucko. Der Pfingstsonntag begann mit der Anstragung der beruflichen und sportlichen Wettkämpfe. Danach versammelten sich die Festtagsteilnehmer zu einer großen Kundgebung auf dem Romerberg. Aus allen Teilen der Stadt kam die Jugend unter den Klängen der Musik herangezogen und bildete auf dem Platze, der schon von der Frankfurter Einwohnerschaft umgeben war, eine unübersehbare Menschenmenge. Vom Balkon des Romers begrüßte der Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main, Ge. Gräf, die Jugend auf dem historischen Boden der alten Handels- und Kulturstadt und bekundete das Interesse der städtischen Behörden für die Veranstaltung der ZdA.-Jugend. Nach ihm sprach Professor Rolting, der Leiter der Akademie der Arbeit, über die Aufgaben der Jugend. Er ging auf die sozialen Bedingtheiten der Jugend ein und betonte, die Welt nicht nur zu durchwandern oder zu durchreisen, sondern vor allen Dingen zu durchdenken. Hierzu gehört vor allen Dingen, daß sich der Arbeitnehmer, auch der jugendliche, seiner Stellung in Wirtschaft und Gesellschaft bewußt wird. Rolting mußte mit seinem Vortrag für Severing einspringen, der durch eine Unpäßlichkeit am Sprechen verhindert war. Severing hat es sich aber nicht nehmen lassen, trotzdem den Reichsjugendtag des ZdA. zu besuchen und brachte durch sein Erscheinen seine Sympathie für die freigewerkschaftliche Angestelltenbewegung zum Ausdruck. Als Severing auf dem Balkon des Romers erschien, umbrauste ihn andauernder Beifall. Die Züge bewegten sich dann geschlossen zum Ostpark, wo ein fröhliches Festtreiben begann. Hier wurden auch die sportlichen Entscheidungskämpfe ausgetragen. Den Abschluß dieses fröhlichen Treibens bildete eine Kundgebung, in welcher der Verbandsvorsitzende, Otto Urban, über die sozialpolitischen Forderungen der kaufmännischen Jugend sprach. Am Abend formierten sich die Jugendlichen zu einem Fackelzug, der durch die Straßen Frankfurts ging. Am zweiten Pfingstfeiertag, vormittags, fand eine Frühe-Kundgebung mit dem Thema „Jugend im Wirtschaftskampf" statt. Das Referat hielt Georg Ucko. Seine Ausführungen fanden ihren Niederschlag in einer Resolution, in der der Verband die gesamte kaufmännische Jugend aufruft, unter der Parole des ZdA. für den Achtstundentag, für ausreichenden Urlaub und für eine Regelung des kaufmännischen Lehrlingswesens zu wirken.

Aus der franz. Schuhindustrie

Von der französischen Schuhfabrikantenvereinigung wird die Produktion der französischen Schuhfabriken auf etwa 80 Millionen Paar Schuhe jährlich geschätzt. Nach Annahme der „Industrie- und Handelszeitung" ist diese Schätzung offenbar zu hoch gegriffen. Selbst die Anzahl der in Frankreich vorhandenen Schuhfabriken ist, wie das genannte Blatt bemerkt, sehr schwer zu bestimmen, weil die Schuhfabrikation in vielen Gebieten handwerksmäßig, bzw. als Heimindustrie betrieben wird. Fast ein Viertel der französischen Schuhmacher sind auch heute noch Heimarbeiter. Man kann sagen, daß von der Jahresproduktion von zirka 50 Millionen Paar Schuhen 40 Millionen Paar auf mechanischem Wege hergestellt werden. Die Handarbeit spielt bei sehr elegantem Schuhwerk in Frankreich immer noch eine große Rolle.

Die Schuhfabriken verteilen sich auf ganz Frankreich. Wir nennen nur die Zentren mit einer Tagesproduktion bis zu 2000 Paar: Paris (25,000 Paar), Fougères (12,000), Limoges (6000), Romans (5000), Marseille (4500), Toulouse (2000), Lyon (2400), Bordeaux (2000), Nancy (2500), Villers (2000 Paar). Man kann sagen, daß sich außerdem in allen großen Gerberzentren mehrere hundert Schuhfabriken, allerdings von sehr verschiedenem Umfange, befinden.

Gebrauchsschuhwerk wird vorzugsweise in Paris, Romans, Bordeaux, Marseille, Cholet sowie in Nord und Westfrankreich hergestellt. Für Luxusschuhwerk kommen als Zentren: Paris, Lyon und Toulouse in Frage, obgleich auch in anderen Orten Luxusschuhwerk hergestellt wird. Fougères und Limoges, die eine große Leistungsfähige Schuhindustrie besitzen, stellen gewöhnliches und Luxusschuhwerk her. Toulouse und Nîmes besitzen Spezialfabriken für Kinderschuhwerk, in den Pyrenäen werden vorzugsweise Sandalen hergestellt. In Issoudun Schuhwerk aus Bastanen, in den Departements Maine-et-Loire und Dordogne Pantoffel.

Beträchtliche Verschlechterungen der Geschäftslage in der Schuhindustrie

Die Erholung in der Geschäftslage im Jahre 1927, an der auch die Schuhindustrie teilgenommen hat, hat leider bereits wieder einer Verschlechterung Platz gemacht. 1928 ist von Monat zu Monat eine Verminderung der Beschäftigungsziffer festzustellen. Bekannt ist jo, daß die Schuhindustrie zu den ganz besonders konjunkturempfindlichen Industrien gehört. Abgesehen von den allgemeinen Schwankungen der Konjunktur unterliegt sie noch besonderen, in den Branchenverhältnissen bedingten Schwankungen. Sicher macht sich schon die zurückgehende Kaufkraft breiter Schichten besonders im Schuhgeschäft bemerkbar. Vor allem hat das Geschäft aber durch die Auswirkungen der Preisschwankungen am Leder- und Hautemarkte sehr gelitten.

Zu einem Teile dürfte auch die gesteigerte Einfuhr von billigen Lederschuhen vornehmlich aus der Tschechoslowakei den Absatz deutscher Waren beeinträchtigen. Recht augenfällig wird der geschäftliche Rückgang durch die Verhältniszahlen aus den monatlichen Ergebnissen der Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählungen beleuchtet. Die folgende Uebersicht läßt die Verschlechterung der Geschäftslage von einem Monat zum andern deutlich erkennen: 42 Prozent der Verbandsmitglieder standen im Mai unter Kurzarbeit, 13 Prozent waren gänzlich arbeitslos.

1928	Vom Hundert erfaßte Mitglieder in Prozent	Davon waren arbeitslos in Prozent	Es arbeiteten in wöchentlich: um 1–8 Std in Prozent	um 9–16 Std in Prozent	um 17–24 Std in Prozent	um 25 u. mehr Std in Prozent	ungefähr arbeitslos in Prozent
Januar	97,5	9,4	7,8	8,4	3,5	0,5	19,8
Februar	97,8	9,3	8,9	12,3	3,9	0,5	22,5
März	95,8	10,0	13,1	11,1	5,9	0,9	31,1
April	96,5	11,2	13,7	12,0	8,1	0,2	34,0
Mai	97,7	13,3	15,4	14,0	10,8	2,0	41,7

Die Verhältniszahlen weisen durchweg für den Monat Mai eine ganz erhebliche Verschlechterung nach. Die Hoffnungen mancher Kreise auf ein gutes Pfingstgeschäft haben sich als trügerisch erwiesen. Gerade am Arbeitslosen-ZählTage, der im letzten Monat auf den Pfingstsonnabend fiel, wurden vielerorts weitere Betriebseinschränkungen durch verkürzte Wochenarbeitszeit und teilweise Stillegung von Betrieben angekündigt, so daß aller Wahrscheinlichkeit nach der Monat Juni eine weitere beträchtliche Verschlechterung der Geschäftslage verzeichnen wird.

Außergewöhnlich schlecht war es in der Pfingstwoche auch um das Schuhmacherhandwerk bestellt, wo doch sonst um diese Zeit die beste Beschäftigung im ganzen Jahre zu verzeichnen war. Vor allem waren die beiden holsteinische Orte Barmstedt und Preetz, welche Zee und Schäftstiefel liefern, sehr schlecht beschäftigt. Es hatte Barmstedt unter 65 Mitgliedern 51 Arbeitslose und Preetz unter 40 Mitgliedern 32 Arbeitslose aufzuweisen. Auch eine Reihe anderer Städte hatte unter einer schlechten Geschäftslage im Schuhmachergewerbe zu leiden. In Orten wie Bielefeld, Freiburg i. Baden, Kiel, Plauen i. V. und Zwickau betrug die Arbeitslosenzahl 30–50 Prozent der anfässigen Gehilfen. Ohne Zweifel dürfte sich dabei der Umstand auswirken, daß eine verhältnismäßig große Zahl ausgelernter junger Kräfte auf dem Arbeitsmarkt erscheint und damit das Stellenangebot beträchtlich vergrößert.

Eine Besserung der Lage ist auch hier vorerst nicht abzusehen, da die Schuhrohstoffpreise die Bevölkerung zur äußersten Sparsamkeit zwingen.

Einführung einer Invalidenunterstützung?

Nachstehende Ausführungen sollen sich nicht auf Verbesserungsvorschläge der Verfassungsvorlage erstrecken, sondern sie sollen das Problem der Einführung der Invalidenversicherung vom grundsätzlichen Standpunkt aus betrachten.

Die Gründe, die von deren Befürwortern bisher ins Feld geführt wurden, waren ziemlich schwach; allgemein einigen dieselben an der grundsätzlichen Frage von Zweck und Ziel der freien Gewerkschaften achtlos vorüber.

Zunächst ist eine allgemeine Frage aufzuwerfen. Nämlich, ob der Gedanke, eine Invalidenunterstützung im Verband einzuführen, aus den Kreisen der Mitglieder gekommen ist. Es scheint nicht so, denn auch der Kollege Lex sagte auf der Bezirkskonferenz in Stuttgart klar und deutlich, der Vorstand habe den Gedanken der Invalidenunterstützung nur aufgeworfen, um die Mitgliedschaft davon abzuhalten, ersteinmal mit dem Unternehmer „Werkpensionskassen" zu gründen, wie es in dem Fall in Nürnberg geplant war. (Das war es nicht allein. — Die Frage wurde akut, weil die namhaftesten Organisationen dazu übergegangen waren, sich mit der betreffenden Einrichtung näher zu befassen. — Red.) Ich muß die Frage stellen: Kann diese Gelegenheit, die Kollege Lex als Grund anführte, nicht mit anderen Mitteln abgewehrt werden? Ich meine, wir hätten noch andere Mittel zur Verhütung, um uns nicht vom Unternehmer auf diese Weise einfangen zu lassen. Setzen wir auf die Tagesordnung des nächsten Verbandstages den Punkt „Beteiligung der Werkpensionskassen" und der Verbandstag wird Wege leisten, um mit ohne Invalidenunterstützung die Gefahr wird meistern können. Der § 2 Abs. 2 unseres Verbandsstatuts lautet: „Die Erreichung der Verwirklichung des Sozialismus erstreckt der Verband durch Erziehung und Aufklärung seiner Mitglieder im revolutionären Sozialismus." Dies ist der grundsätzliche Weg, den unsere Organisation zu gehen hat. Der Verband ist die wirtschaftliche Kampforganisation der Kollegen und Kolleginnen der Schuhindustrie, zur Verteidigung und Verbesserung ihrer Lebenslage. Die Organisation muß Maßnahmen durchführen, die die Kampfbereitschaft der Arbeiterschaft fördern, wie Erhöhung der Streik- und Maßregelungsunterstützung. Maßnahmen dagegen, die darauf hinsteuern, der Organisation den Kampfcharakter zu nehmen und sie zu einem Unterstützungsverein zu machen, sind nicht im Interesse unseres Zieles. Es darf deshalb nicht heißen: Einführung der Invalidenunterstützung, um den alten Kollegen einen angenehmen Lebensabend zu verschaffen (den ihnen jeder von Herzen wünscht), sondern: verschärfter Kampf für die staatliche Sozialgesetzgebung, allerdings nicht nur durch Anträge im Parlamente und sichere Reden bedeutet, sondern durch eine weitschauende Aktivität der Arbeiterschaft außerhalb der Parlamente unter Führung der Gewerkschaften und politischen Arbeiterparteien. Das Grundziel der klassenbewußten Reichsstaatswaltung müßte in erster Linie zur Ausgestaltung der Sozialgesetzgebung ausgenützt werden. Heute, wo das Unternehmertum überall den Abbau der Sozialleistungen vertagt, muß die Einführung solcher sozialer Unterstützungen in den Gewerkschaften den Wünschen der Unternehmer entgegenkommen. Wir haben als Organisation nicht die Funktionen des Staates zu übernehmen und uns dadurch in unserer Aktionsfähigkeit behindern zu lassen.

Die staatliche Invalidenversicherung treibt eine Ueberschußwirtschaft. Man spricht für 1926 von einer Erübrigung von 50, und für 1927 (nach der Beitragserhöhung) von einer solchen von 250 Millionen Mark. Pflicht des Staates ist es, bei dem Verbleiben an Arbeitskraft, wie er Beurteilung eintritt, wo ein Arbeiter mit 50 Jahren verbraucht und arbeitsfähig wird, den Arbeitern auch in der Zeit der Invalidität eine ausreichende Hilfe zu gewähren. Außerdem müssen die Funktionen des Unternehmers nicht tun, es wird notwendig sein, daß die Gewerkschaften und Arbeiterparteien alle Machtmittel einsetzen, um die Kapitalisten dazu zu zwingen.

Sehen wir uns auch die Verhältnisse im Buchdruckerverband an, der die Invalidenversicherung schon seit vielen Jahren einführt hat. Der Jahresbericht dieses Verbandes sagt uns, daß im Jahre 1926 66,7 Prozent der Gesamteinnahmen für Unterstützungszwecke, darunter 1,428,614 Mark für Krankenunterstützung und 266,796 Mark für Invalidenunterstützung ausgezahlt wurden. Demgegenüber stehen die Ausgabebeträge von 20,361 Mark für Streikunterstützung. (Von einer Beitragseinnahme von 3,372,849 Mark wurden aus der Hauptkasse an Arbeitslosenunterstützung 1,252,882 Mark, an Krankenunterstützung 1,211,182 Mark, an Invalidenunterstützung 224,773 Mark ausgezahlt. Die verhältnismäßig niedrige Streikausgabe erklärt sich daraus, daß die Zeitschriftenbeilage 1926 keine Unterbrechung erfuhr.) Sollen wir den gleichen Weg beschreiten?

Bedenkens ist es doch jedem Kollegen, der eine Invalidenversicherung einrichten will, ohne weitere möglich und zu empfehlen, bei der „Volksfürsorge", auf die die Gewerkschaften einen entscheidenden Einfluß ausüben, eine Versicherung abzuschließen.

Wie der Entwurf des Vorstandes vorsieht, bedinnt die Einführung der Invalidenunterstützung eine entsprechende Erhöhung der Beiträge. Sollte der Verbandstag die Invalidenunterstützung einführen, kann er niemals an der Erhöhung der Zirkel und Wasserzeichenzusammenhang vorübersehen. Dieselbe muß weiterhin erhoben werden, was doch ebenfalls eine entsprechende Beitragserhöhung voraussetzt. Damit kämen wir noch über den Entwurf hinaus. Ich befürchte daraus eine Erschwerung der Verbandstätigkeit.

Die Einführung der Invalidenunterstützung ist, meiner Meinung nach, von allen Seiten betrachtet, nicht ein Plus, sondern ein Minus für den Ausbau und die Entwicklung unserer Organisation. Soviel revolutionäres Klassenkampfbewußtsein erwartet die Mitgliedschaft vom Verbandstag, daß er unsere Organisation nicht zu einem Unterstützungsverein macht, sondern daß er die Kampfbereitschaft unserer Organisation überbietet als die Versicherung des einzelnen.

Willi Birchecker, Stuttgart.

Arbeiter-Radio-Bund Deutschlands e. V.

Berlin SO 36, Oranienstr. 182, Fernsprecher: Moritzplatz 3120.

Die Bedeutung des Radio für Aufklärung, Belehrung, also für die Beeinflussung der Massen auf allen Gebieten, liegt auf der Hand. 65 deutsche, bürgerliche Radio-Zeitschriften mit rund zwei Millionen Bezehern zeigen, wo man das erkannt hat!

Die Tagungen der Arbeiterschaft aber haben in der letzten Zeit bewiesen, daß man auch in unseren Kreisen erkennt, welche Möglichkeiten der Arbeiterbewegung hier harren, aber auch, welch großer Fehler es wäre, auf diesem Gebiete weniger rührig zu sein.

Einzelwesen aber kämpft der „Arbeiter Radio Bund" noch einen ungleichen Kampf, solange seine schwachen Kräfte nicht von der Massenbewegung mehr bewußt und entschieden gestützt werden. Unsere Bruderverbände im Auslande haben z. Zt. schon besondere Sender für die Zwecke der Arbeiterbewegung!

Es ist deshalb wichtig, daß alle Arbeiter Radio Vereine dem Arbeiter-Radio Bund beitreten. Jeder Rundfunkempfänger in Arbeiterkreisen abonniert zweckmäßig auf die Zeitung des Bundes „Der neue Rundfunk", Briefsendungen unentgeltlich 50 Pfennige an den Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Heffenwinkel.

Vom Ausland

Erschwerung der Zuwanderung nach der Tschechoslowakei

Das tschechische Parlament hat kürzlich ein Gesetz angenommen, demzufolge die Einstellung von Arbeitnehmern ausländischer Staatsangehörigkeit, sofern sie ihren Aufenthalt erst nach dem Mai 1927 in die Tschechoslowakei verlegt haben, künftig an eine besondere Bewilligung geknüpft ist. Für die Arbeitnehmer, die sich seit einem vor dem 1. Mai 1923 liegenden Zeitpunkt dauernd in der Tschechoslowakei aufhalten, werden nach dem Gesetz den Inländern gleichgestellt. Die Durchführungsverordnung der Regierung ist aber derart, daß auch jene Arbeitnehmer, die vor 1923 in der Tschechoslowakei beschäftigt waren, unter die erschwerenden Bedingungen des Gesetzes fallen können. Hat ein solcher Arbeitnehmer seinen Aufenthalt in der Tschechoslowakei auch nur für kurze Zeit, etwa wegen Besuchs der Verwandten, für Arbeitsleistungen, Militärübungen usw., unterbrochen, so kann er nach Entscheidung der Verwaltungsbehörden unter das neue Gesetz fallen. Wenn aber ein Ausländer, der vor 1923 bereits in der Tschechoslowakei beschäftigt war, entweder in einem einzelnen Fall länger als drei Wochen oder innerhalb eines Kalenderjahres mehr als sechs Wochen den tschechoslowakischen Boden verließ, so muß er so behandelt werden wie die Arbeitnehmer, die erst nach dem 1. Mai 1923 in die Tschechoslowakei gekommen sind. Die Schärfe der Regelung, die bei der gegenwärtigen Lage des Arbeitsmarktes unbegründet erscheint, läßt vermuten, daß es sich dabei weniger um den Schutz des Arbeitsmarktes als um politische Nebenabsichten handelt. Die in Frage stehenden ausländischen Arbeitnehmer sind zumeist reichsdeutsche oder österreichische Staatsangehörige, deren Beschäftigung in der Tschechoslowakei durch das neue Gesetz erschwert werden soll.

Mitteilungen

Erfurt

Die vor kurzem abgehaltene Werbeveranstaltung für die Jugend der Schuhindustrie hatte, ähnlich wie die Frauen Werbeveranstaltung, einen sehr guten Besuch aufzuweisen. An ganz jugendliche Kolleginnen und Kollegen stellten das große Bataillon „Harmonieschaf" bis auf den letzten Platz. In dankenswerter Weise wirkten die Arbeiter-Mandolinen-Vereinigung „Frei Kiana" sowie die Turner und Turnerinnen der Freien Turnerschaft. Erfurt (Jugendabteilung) bei der Ausgestaltung des Abends mit. Zwei Akte, ein Lustspiel und der Film „Leuna-Werk", beschlossen den gelungenen Abend. Wir fordern an dieser Stelle nochmals die Jugendkollegen und -kolleginnen auf, sich restlos an den Veranstaltungen der Jugendabteilung im Zentralverband der Schuhmacher zu beteiligen, wie wir auch an die Eltern die Bitte richten, dafür zu sorgen, daß sie alle ihre Jungen und Mädels der Organisation restlos zuführen.

Zusammenkunft der Jugendabteilung jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat im „Volkshaus". Musikinstrumente mitbringen!

Kottbus

Alle Zuschriften an die hiesige Zahlstelle sind nun wieder an den ersten Bevollmächtigten Walter Uebigau, Am Tor 2, zu richten. Die Verwaltungen werden gebeten, in ihren Adressenverzeichnis davon Notiz zu nehmen.

Literatur

Der Nr. 12 des „Wahren Jacob", soeben erschienen, entnehmen wir folgenden Scherz: Auf der Kölner „Presfa" wollte ein Erfinder eine Rotationsmaschine ausstellen, die die bevorstehende Eroberschaft beseitigt, jeden Zeitungsaschwindel sofort und automatisch richtzustellen. — Der Erfinder bestellt zur Zeit Arbeitsnachweisunterstützung.

„Aufbruchsier" — Monatsschrift für Kultur der Arbeiterschaft. Verlag Arbeiterbildungsinstitut Leipzig, Braustraße 17. Einzelnummer 30 Pfg., Jahresabonnement 3 R.M. Die Junnummer des „Kulturwille" ist der „Presfa" gewidmet. Das Heft ist jedoch kein Werbeheft schlechthin für die große internationale Ausstellung in Köln, sondern zeigt dieser Veranstaltung gegenüber eine bemerkenswerte kritische Einstellung. In einem Leitartikel „Presse Gesellschaft Presfa" wird der Zusammenhang zwischen bürgerlicher Presse und kapitalistischem Pressegeschäft im besonderen dargelegt.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes

Vom 10. Juni bis 16. Juni 1928 ist der 24. Beitrag fällig.

Neukonstituierung des Verbandsbeirates.

Nach den auf den Bezirkskonferenzen vorgenommenen Wahlen gehören dem Verbandsbeirat als Mitglieder aus den Betrieben gemäß § 15 des Verbandsstatuts folgende Mitglieder an:

Bezirk I: M. Junghans (Altenkunstadt); Ersatzmann: H. Schnitzler (Augsburg).

Bezirk II: W. Eisenlohr (Tuttlingen), J. Renz (Kornwestheim); Ersatzleute: Hanselmann (Steilbronn) und Krachenfels (Schwenningen).

Bezirk III: Gg. Brühne (Frankfurt a. M.); Ersatzmann: Jäger (Kassel).

Bezirk IV: Fr. Daniels (Rheydt); Ersatzmann: Schuchardt (Köln).

Bezirk V: Bernh. Wepner (Hannover); Ersatzmann: Westermann.

Bezirk VI: W. Zoller (Berlin); Ersatzmann: Schulz (Stettin).

Bezirk VII: C. Legel (Waldheim) und T. Weigelt (Breslau); Ersatzleute: Heilemann (Hartha) und Woyczechnik.

Bezirk VIII: M. Zieg (Burg) und H. Roestroh (Magdeburg); Ersatzleute: Kleinschmidt (Mühlhausen) und Krüger (Magdeburg).

Bezirk IX: Konrad Schreier (Speier); Ersatzmann: Christ Kommerling (Firmasens).

Druck: Fränkische Verlagsanstalt & Buchdruckerei G. m. b. H., Nürnberg
Verlag: Zentralverband der Schuhmacher (J. Simon), Nürnberg
Offenweinstraße 1.

ANZEIGEN

Überholer und Zwicker
24 Jahre, sucht Stellung als solcher. — Angebote sind zu richten unter Nr. 1 an die Geschäftsstelle dieses Blattes

In jedes Arbeiterheim gehört die Arbeiterpresse